

March 11, 1980

**Letter to the Chairman of the Social Democratic
Party of Germany, Chairman of the Socialist
International, Willy Brandt**

Citation:

"Letter to the Chairman of the Social Democratic Party of Germany, Chairman of the Socialist International, Willy Brandt", March 11, 1980, Wilson Center Digital Archive, Willy Brandt Archive, A9,7, Schreiben Brandt an Breshnew, 11.3.1980. Also published in Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bonn (Dietz), Vol. 9, 2003. Contributed by Bernd Rother and translated by Samuel Denney.

<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/111080>

Summary:

A letter from Brezhnev to Willy Brandt before their meeting in Madrid. Discusses detente and the disarmament.

Credits:

This document was made possible with support from Carnegie Corporation of New York (CCNY)

Original Language:

German

Contents:

Original Scan

Translation - English

AN
DEN VORSITZENDEN
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS,
VORSITZENDEN DER SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE

Willy BRANDT

Sehr geehrter Vorsitzender Willy Brandt!

Ich habe in Ihre Beurteilung der internationalen Entwicklung, die das vom 19. Februar d.J. datierte Schreiben enthält, aufmerksam Einsicht genommen. Diese Beurteilung stimmt nicht in geringem Maße mit unserer überein. Das betrifft vor allem den Grundgedanken, daß es keine vernünftige Alternative für die Politik der Entspannung gibt.

Ich möchte noch einmal betonen, daß die Sowjetunion ihrerseits in keiner Weise am Fortbestehen der Spannungen sowohl auf der internationalen Arena im allgemeinen, als auch in den bilateralen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten interessiert ist. Dies alles haben wir nicht einmal unüberhörbar bekundet (ich habe, zum Beispiel, darüber in meiner Wahlrede am 22. Februar gesprochen). Darüber war die Rede auch in den vertraulichen Botschaften, die wir in der letzten Zeit mit führenden Persönlichkeiten der USA und anderer Länder austauschten.

Präsident Carter hat Ihnen gegenüber erklärt, er möchte auf den Weg der Verhandlungen zurückkehren und den Prozeß der Entspannung fortführen, darunter auch die Beziehungen zu der UdSSR verbessern. Hätte es nur gestimmt! Leider zeugen die Taten der amerikanischen Administration von anderem. Dazu bekunden weiter in ihren offiziellen Stellungnahmen Präsident Carter und Personen aus seiner Umgebung offen ihr Bekenntnis zu der Politik

der Stärke, ihre Absicht, militärische Überlegenheit über die Sowjetunion zu erlangen und eine dominierende Rolle in der ganzen Welt zu spielen.

Ich glaube, Sie werden mir beipflichten, daß hier eines mit dem anderen nicht übereinstimmt.

Von Grund aus widerspricht den Interessen der Entspannung das Wettrüsten, das von den USA nicht bloß fortgesetzt, sondern drastisch hochgetrieben wird. Derartiger Kurs unterminiert die Entspannung um so mehr, die in den 70. Jahren mit solcher Mühe erreicht wurde; er baut die Möglichkeiten der Fortsetzung eines konstruktiven Dialogs nicht aus, sondern engt sie ein.

Im Mittelpunkt vieler Diskussionen steht heutzutage die sogenannte Afghanistan-Frage. Mitunter formuliert man im Westen solch eine Position: die Spannungen haben zugenommen, weil die UdSSR ihre Truppen in Afghanistan eingeführt habe, folglich führe der Weg zur Minderung der Spannungen über den Abzug der sowjetischen Militärkontingente. Das aber ist eine falsche Logik.

Wie Ihrem Schreiben zu entnehmen ist, halten wir zum gemeinsamen Standpunkt, daß die Verschärfung der Spannungen lange vor den "afghanischen Ereignissen" eintrat und in der Tat nicht infolge dieser andauerte. Diejenigen, die alle Probleme der Fortführung der Entspannung auf den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan begrenzen, versuchen damit, die öffentliche Meinung von wahren Ursachen der Lageverschlechterung abzulenken. Wenn man sich allein den rein afghanischen Aspekt des Problems annimmt, so können auch hier vorgeschlagene Rezepte nicht als realistisch bewertet werden.

Unser begrenztes Militärkontingent wurde nach Afghanistan entsandt nach wiederholten Bitten afghanischer Regierungen um Hilfe bei Abwehr der Anschläge von außen auf Freiheit und Unabhängigkeit dieses uns befreundeten blockfreien Landes. Ich werde nicht wiederholen, was Ihnen wohl gut bekannt ist. Ich möchte aber bemerken, daß in den letzten Wochen der "unerklärte Krieg", der von den USA, China und Pakistan gegen Afghanistan organisiert worden ist, einen immer größeren Ausmaß annimmt. Wie die amerikanische Presse zugibt, setzt man auf weitere Aktivisierung der subversiven Handlungen von außen gegen das jetzige afghanische Regime. Dabei ergreifen nun die USA völlig offen Maßnahmen in dieser Richtung.

Ich glaube, Sie werden mir beipflichten, daß dies alles zur Entschärfung der Lage um Afghanistan durchaus nicht beiträgt, daß dies den Zeitpunkt, an dem wir unsere Truppen abziehen könnten, nicht näher bringt, sondern gar hinausschiebt.

Wir haben bereits wiederholt erklärt, daß sowjetische Militärkontingente aus Afghanistan nicht abgezogen werden können, bis die Gründe entfallen, die uns zu ihrem Einzug bewogen haben. Vor allem muß jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans völlig unterbunden werden, militärische und andere Aktionen von außen gegen das Volk und die Regierung Afghanistans müssen völlig eingestellt werden. Die USA, wie auch die Nachbarn von Afghanistan müssen die realen und wirkungsvollen Garantien dafür geben, daß derartige Einmischung nicht wiederanfängt. Dann wird, dessen bin ich sicher, auch die Regierung von Afghanistan die Lage anders beurteilen.

Folglich hängt jetzt alles davon ab, wie bald reale Wege zur Lösung des Problems gefunden werden, die Einmischung in die afghanischen Angelegenheiten von außen einzustellen, die gegen die Regierung und das Volk Afghanistans, gegen afghanische Revolution gerichtet ist.

Bekanntlich sind jetzt im Westen eine Reihe von Vorschlägen und Überlegungen (inoffiziellen Charakters) im Umlauf, die die Lage in Afghanistan betreffen. Ich möchte Sie auf zwei negative Aspekte dieser Vorschläge und Überlegungen aufmerksam machen.

Der erste besteht darin, daß sie alle die Souveränität Afghanistans ignorieren, an den Umstand vermeintlich vorbeigehen, daß es eine legitime Regierung hat, die allein das Recht besitzt, im Namen ihres Volkes zu reden.

Der zweite negative Aspekt der unterbreiteten Vorschläge besteht darin, daß sie, indem diese den Abzug der sowjetischen Militärkontingente vorsehen, die Notwendigkeit, Afghanistan vor der Einmischung in seine inneren Angelegenheiten zu sichern, gar nicht erwähnen. Derweil gerade hier liegt der Hund begraben.

Sie erwägen die Möglichkeit dessen, daß die Sowjetunion symbolische Maßnahmen ergreift, die aufgerufen sind, zu demonstrieren, daß sie insbesondere keine aggressiven Handlungen gegen die Nachbarn Afghanistans anstrebt. Ihnen ist gut bekannt, daß wir solche ^{Be} Anstrengungen nicht gehabt haben und nicht haben. Wir haben das bereits nicht ^{immer} einmal erklärt, und alles, was in dieser Hinsicht im Westen gesagt wird, entbehrt jeder Grundlage.

Ich glaube, daß die wichtigsten europäischen Verbündeten der USA, und nicht zuletzt die Bundesrepublik Deutschland, zu einer besseren Einsicht dieses Umstandes in Washington beitragen könnten, sowie im allgemeinen zur Einsicht dessen, daß unsere Aktion in Afghanistan eine rein defensive Aktion ist und das einzige Ziel verfolgt: den Schutz unserer Freunde und der Sicherheit unserer Südgrenze.

Wir wollen es durchaus nicht, die westeuropäischen Länder den Vereinigten Staaten entgegenstellen oder sie voneinander trennen. Wir wissen die Verbindungen recht realistisch einzuschätzen, die ihr Land und andere Staaten Westeuropas zu den Vereinigten Staaten haben. Dabei sind wir überzeugt, daß auch im Rahmen der bestehenden Bündnisse die westeuropäischen Länder, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, einen realen Beitrag zur Wahrung der Entspannung leisten könnten, die ihren vitalen Interessen entspricht. Leider können in diesem Sinne die Ergebnisse des Besuches von Bundeskanzler Schmidt in den Vereinigten Staaten nicht umhin zu enttäuschen.

Was Ihre Information über die Tätigkeit der Sozialistischen Internationale anbelangt, so kann ich sagen: wir haben in die Ergebnisse der in Wien im vorigen Monat stattgefundenen Konferenz aufmerksam Einsicht genommen. Uns imponieren die dort ausgesprochenen Wünsche, alle vorhandenen Mittel zur Unterstützung der Entspannungspolitik einzusetzen. Meiner Meinung nach, wäre es nützlich, den eingeleiteten Dialog mit der Sozialistischen Internationale über die Fragen der Entspannung und Abrüstung fortzusetzen und dafür eine passende Form zu finden.

Unsererseits bestätigen wir, daß alle unseren Vorschläge bezüglich der Einstellung des Wettrüstens, die wir früher sowie auf Staats- als auch auf Parteebene unterbreitet haben, in Kraft bleiben, und daß wir jeder Zeit bereit sind, sie konstruktiv zu erörtern. Mehr als das, wie wir glauben, ist es bereits durchaus an der Zeit, von Erörterungen und Diskussionen zur Ausarbeitung konkreter Maßnahmen zu übergehen, die in der Praxis realisiert werden können.

Es gilt, die Verhandlungen in Wien intensiv fortzusetzen und nach den Wegen zu suchen, eine Vereinbarung zu erreichen.

Ihnen ist unser Standpunkt hinsichtlich der Verhandlungen über die atomare Raketenwaffe mittlerer Reichweite bekannt. Der Lösung dieser Frage helfen sicherlich durchaus nicht der Unwillen der amerikanischen Seite, das SALT-II Abkommen zu ratifizieren und besonders die im Jahre 1979 gefassten NATO-Beschlüsse über die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa. Wir geben jedoch die Möglichkeit solcher Verhandlungen nicht auf, falls die NATO auf die Beschlüsse ihrer Dezember-Tagung in Brüssel verzichtet, oder wenigstens ihre praktische Durchführung offiziell einstellt. Das könnte Europa vor neuen Wett-rüstenspirale^{be} wahren.

Ich glaube, daß einen nützlichen Beitrag zur Verbesserung der Atmosphäre in Europa das bevorstehende Madrider-Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki leisten könnte. Selbstverständlich wird es nur dann möglich sein, wenn die Teilnehmer des Treffens nach Madrid mit der Absicht kommen, konstruktive Suche nach den Wegen zur Entschärfung der Spannungen zu führen, zum Wiederher-

stellen und zur Entwicklung des Geistes von Helsinki, und nicht mit dem Ziel der Fortsetzung und Zuspitzung der Konfrontation.

Wir auf jeden Fall haben die Absicht, in Madrid konstruktiv vorzugehen. Ich hoffe, daß das Herangehen Ihres Landes dasselbe sein wird.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Vorschlag der sozialistischen Länder, eine europäische Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung einzuberufen und auf die Bereitschaft Polens, sie in Warschau abzuhalten, lenken. Eine solche Konferenz, neben dem Madrider-Treffen, könnte einen Anstoß zur Lösung einer Reihe wichtiger Fragen geben, die mit der Einstellung des Wett-rüstens zu tun haben.

Gestatten Sie mir abschließend, das Thema Moskauer Olympiade aufzugreifen. Wir messen ihrer Durchführung große Bedeutung bei. Und es handelt sich dabei nicht um ⁽¹¹⁾die Prestige der Sowjetunion. Der Erfolg der Moskauer Olympiade würde unter jetzigen Bedingungen zweifellos einen wichtigen Entspannungsfaktor darstellen, er würde der Festigung der friedlichen und freundschaftlichen Kontakte zwischen den Völkern dienen. Die Versuche, dieses größte Sportfest zum Scheitern zu bringen und in der Tat die ganze olympische Bewegung zu unterminieren, stellen einen der Bestandteile der Kampagne zur Zerstörung der Entspannung, der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten, der Freundschaft zwischen den Völkern dar, die von der Administration und allen rechten Kräften der USA geführt wird.

Ich möchte die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß in dieser schweren Zeit die Einsicht und Vernunft den politischen Extremismus besiegen werden und die Entspannung, für deren Verwirklichung wir mit Ihnen, Herr Vorsitzender, so viel an Kräften

und Energie angelegt haben, über den "kalten Krieg" die Oberhand gewinnen wird.

Jedenfalls werden wir in Moskau dafür alles Mögliche tun.

Ich bin bereit, alle diesen Probleme mit Ihnen persönlich zu besprechen. Indem ich mir der heiklen Situation bewußt bin, wäre ich Ihnen für ein Zeichen verbunden, wohin und durch welche Kanäle ich eine offizielle (bzw. inoffizielle ?) Einladung an Sie richten könnte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. L.BRESHNEV

11. März 1980

To:

The Chairman of the Social Democratic Party of Germany,
Chairman of the Socialist International
Willy Brandt

Dear Chairman Willy Brandt,

I have given your assessment of international developments, which your letter from February 19th of this year contained, careful consideration. This assessment does not accord to a minor degree with ours. This concerns primarily the basic principle that there is no rational alternative to the policy of détente.

I would like to underscore again that the Soviet Union is in no way interested in the continuation of tensions not only in the international arena in general but also in bilateral relations with the United States. We have not once proven this unmistakably (for example, I spoke about this in my election address on February 22nd). There was also talk about this in the confidential messages that we recently exchanged with the leaders of the USA and other countries.

President Carter declared with regards to you that he would like to return to the path of negotiations and continue the process of détente, including improving relations with the USSR as well. If only it had been true! Unfortunately, the actions of the American government prove otherwise. In addition, in their official statements, President Carter and people close to him express their acknowledgement of the politics of strength, of their intention to obtain military superiority over the Soviet Union, and to play a dominant role around the world.

I believe, you would agree with me that one thing does not match the other here.

The arms race, which is not only being continued but also drastically escalated by the USA, contradicts the interests of détente. Such a course undermines all the more the easing of tensions that was achieved in the last 70 years with such effort. It does not expand the opportunities for a continuation of constructive dialogue, rather it boxes them in.

At the center of many discussions today is the so-called Afghanistan question. Sometimes, the West formulates such a position: tensions have increased because the USSR has introduced its troops into Afghanistan, accordingly, the way to reduce tensions runs through the withdrawal of the Soviet military contingent. That is however illogical.

As is to be taken from your letter, we have a common position that the aggravation of tensions arose long before the "Afghanistan events" and have not in fact endured as a consequence of these. Those that limit all the problems related to the continuation of détente to the withdrawal of Soviet troops from Afghanistan are attempting to distract public opinion from the true root causes of the worsening of the situation with this. If one accepts only the pure Afghan aspect of the problem, prescriptions suggested here cannot also be evaluated as realistic.

Our limited military contingent was sent to Afghanistan after repeated requests from the Afghan government for help in defending against external attacks on the freedom and independence of this non-aligned country that is friendly with us. I will not repeat what you already well know. I would however like to note that in the last weeks, the "undeclared war" that is being organized by the USA, China, and Pakistan against Afghanistan, has increased in magnitude. As the American press admits, they are banking on further subversive external action against the current Afghan government. In this, the USA is adopting fully open measures in this direction.

I believe you would agree with me that this all has not helped defuse the situation around Afghanistan, that this is not bringing the timepoint at which we could withdraw our troops any closer, but rather pushes it further out.

We have already declared repeatedly that the Soviet military contingents cannot be withdrawn from Afghanistan until the reasons that moved us to deploy them no longer apply. Most of all, every intervention into the internal affairs of Afghanistan must be prevented, military and other external actions against the people and government of Afghanistan must cease completely. The USA, as well as Afghanistan's neighbors, must provide real and effective guarantees that interventions of this kind

never begin again. Then, and of this I am certain, the Afghan government will also assess the situation differently.

Subsequently, everything now depends on how soon real paths to a solution of the problem can be found to cease the external intervention into Afghan matters, which are directed against the government and people of Afghanistan, against the Afghan revolution.

As you know, a number of suggestions and considerations (of an unofficial nature), which concern the situation in Afghanistan, are in circulation in the West. I would like to make you aware of two negative aspects of these suggestions and considerations.

The first is that they all ignore the sovereignty of Afghanistan, completely bypass the fact that it has a legitimate government, which alone possesses the right to speak in the people's name.

The second negative aspect of the distributed suggestions is that they, in envisioning the withdrawal of the Soviet military contingent, do not mention at all the necessity of securing Afghanistan against interventions in its internal affairs. Meanwhile, that is the crux of the matter.

They consider the possibility of the Soviet Union adopting symbolic measures, which are invoked to demonstrate that they in particular are not striving for any aggressive actions against Afghanistan's neighbors. It is well known to you that we have not had such aspirations and do not have them. We have already stated that more than once, and everything that has been said in the West in this regard has no basis in fact.

I believe that the most important European allies of the USA, and not least the Federal Republic of Germany, can contribute to a better knowledge of these circumstances in Washington, as well as to an understanding that our activity in Afghanistan is a purely defensive one and pursues a single goal: the protection of our friends and of the security of our southern border.

We do not want at all to position Western Europe against the United States or to divide them from each other. We know to assess rather realistically the connections that your country and the other countries of Western Europe have to the United States. In this we are convinced that Western Europe, in particular the Federal Republic of Germany, could make a real contribution to the preservation of détente in the context of the existing alliances, one which corresponds to their vital interests. Unfortunately, the results of Chancellor Schmidt's visit to the United States cannot do otherwise but disappoint in this sense.

When it comes to your information regarding the activity of the Socialist International, I can only say: we have attentively paid attention to the results of the conference that took place in Vienna last month. We are impressed by the desires that were expressed there to deploy all available means for the support of the policy of détente. In my opinion, it would be useful to continue the dialogue that has begun with the Socialist International regarding questions of détente and disarmament and to find a fitting form for it.

From our side, we can confirm that all of our proposals regarding ceasing the arms race, which we put forward earlier not only at the state level but also at the party level, remain in force, and that we are always ready to constructively debate them. More than that, we believe it is thorough the time to move from debates and discussions to the development of concrete measures which can be concretely realized in practice.

It is necessary to continue the negotiations in Vienna intensively and to look for ways to reach an agreement.

Our standpoint regarding the negotiations over intermediate range atomic missiles is known to you. The unwillingness of the American side to ratify the SALT-II treaty and in particular the NATO decisions regarding the stationing of American missiles in Western Europe that were made in 1979 certainly do not help solve this matter. However, we do not give up on the possibility of such negotiations, in case NATO renounces the decisions made at its December summit in Brussels, or at least cease officially their practical implementation. That could safeguard Europe from a new arms race spiral.

I believe that the upcoming Madrid meeting of the representatives of the member states of the Conference on Security and Cooperation in Helsinki could make a useful contribution to improving the atmosphere in Europe. Naturally this will only be possible if the meeting participants come to Madrid with the intention of leading a constructive search for ways to defuse tensions, of restoring and developing the spirit of Helsinki, and not with the goal of continuing and sharpening the confrontation.

We of course have the intention of proceeding constructively in Madrid. I hope that the approach of your country will be the same.

I would like to draw your attention to the proposal of the socialist countries to convene a European conference regarding an easing of military tensions and disarmament and to Poland's readiness to host this conference in Warsaw. Such a conference, next to the Madrid meeting, could provide an impulse for the solution of a range of important questions that are connected with the cessation of the arms race.

Subsequently, if you would allow me, to take up the topic of the Moscow Olympics. We attribute great importance to their execution. And in this it is not a matter of the Soviet Union's prestige. The success of the Moscow Olympics would present under the current conditions without a doubt an important factor for the easing of tensions, it would serve to secure peaceful and friendly contact between peoples. Attempts to bring about the failure of the greatest sport festival and in fact to undermine the entire Olympic movement represent one part of the campaign to destroy détente, peaceful cooperation between states, and friendship between peoples, which is being conducted by the government and all the right-wing forces in the USA.

I would like to express the hope that judiciousness and reason will defeat political extremism and that détente, for whose realization we, along with you, Mr. Chairman, have invested so much power and energy, will have the upper hand over the "Cold War."

At any rate, we in Moscow will do everything possible for this.

I am ready to discuss all these problems with you personally. As I am aware of the delicate situation, I would be very grateful to you for a sign as to where and through which I could direct an official (or an unofficial?) invitation to you.

Respectfully yours,

Signed. L. Brezhnev

March 11, 1980